

Strategiewechsel in der chinesischen Europapolitik: Umweg über Deutschland?

Nele Noesselt

Vom 27. bis 28. Juni 2011 fanden in Berlin die ersten deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen seit Bestehen der diplomatischen Beziehungen statt. Es wurden 22 Abkommen, darunter allein 14 Wirtschaftsverträge, im Umfang von 10,6 Mrd. EUR geschlossen.

Analyse

Weitaus wichtiger als die abgeschlossenen Verträge ist die symbolische Dimension des Treffens: Die Einrichtung der Regierungskonsultationen spiegelt den Aufstieg der VR China zu einem zentralen Akteur der Weltpolitik und damit zugleich zu einem unverzichtbaren Kooperationspartner der europäischen Staaten wider. Diesen Aufstieg hat China im Schatten der globalen Banken- und Finanzkrise vollzogen. Die veränderten internationalen Konstellationen ermöglichen es der Volksrepublik, Wirtschaftsboom und Devisenreserven in politische Macht zu konvertieren.

- Der Fokus der chinesischen Europastrategie hat sich von der supranationalen zurück auf die intergouvernementale Ebene verschoben. Auslösender Faktor sind die Entwicklungen der Jahre 2003-2006, in denen es zwar zu einer Neuformulierung der EU-Chinastrategie kam, die Positionen der chinesischen Seite durch die EU, so chinesische Analysten, jedoch nicht angemessen berücksichtigt wurden.
- Der Ausbau der Beziehungen zwischen Deutschland und China ist ein erster Schritt für die allgemeine Intensivierung der chinesisch-europäischen Partnerschaft. Ob sich diese allerdings von Beziehungen „entfernter Nachbarn“ zu einer „neuen Achse der Weltpolitik“ wandeln wird, hängt sowohl von den zukünftigen Entwicklungen der EU (und ihrer Mitgliedsstaaten) als auch der VR China ab.
- Um ihre wirtschaftlichen und politischen Strukturen vor dem Hintergrund der Finanzkrise stabilisieren zu können, ist China wie die EU auf Kooperation angewiesen. Auf Seiten der EU scheint eine Aktualisierung der gemeinsamen Chinastrategie erforderlich, um der Gefahr einer Rückverlagerung der Chinapolitik auf die Ebene der Mitgliedsstaaten entgegenzuwirken.

Schlagwörter: China, Deutschland, Regierungskonsultationen, chinesisch-europäische Beziehungen

Wandel der chinesischen Europapolitik

Die vierte Führungsgeneration chinesischer Politiker, die seit den Jahren 2002/2003 in die obersten Entscheidungspositionen der VR China aufgestiegen ist, hat nicht nur einen Wandel der innen-, sondern zugleich auch der außenpolitischen Strategie eingeleitet. Weitgehend unbemerkt engagiert sich die VR China seit geraumer Zeit als zunehmend aktiver Mitspieler der internationalen Politik, der sich zwar einerseits in die bestehenden Strukturen einbringt, andererseits aber auch Vorschläge unterbreitet, wie diese reformiert werden könnten. Die internationale Öffentlichkeit ist sich dieser Entwicklung erst vergleichsweise spät, im Kontext der globalen Banken- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009, bewusst geworden.

Die Transformation der VR China von einem außenstehenden Beobachter zu einem aktiven Teilnehmer am internationalen Geschehen geht in erster Linie auf indigene, primär sozioökonomische Faktoren zurück: Während der frühen Phase der Wirtschaftsreformen (1978) stand die Steigerung des materiellen Wohlstands an erster Stelle. Hierzu wurden experimentelle Sonderwirtschaftszonen begründet und Joint Ventures aufgebaut, die ausländisches Kapital und Technologien anziehen sollten. Die Steigerung des chinesischen Wirtschaftswachstums sollte insbesondere durch die Öffnung für den internationalen Handel erzielt werden. Die Implikationen der Wirtschaftsreformen für die chinesische Gesellschaft wurden zunächst ausgeklammert.

Im Verlauf der Reformen hat sich jedoch eine zunehmend fragmentierte und diversifizierte Gesellschaft herausgebildet, die von extremen Spannungen und Interessenskonflikten geprägt ist. Um den wirtschaftlichen Erfolg auch langfristig stabil zu halten, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die ein nachhaltiges Wachstum ermöglichen. Neben sozialpolitischer Regulation und Interessenmediation umfasst dies insbesondere die Bereiche der neuen Technologien, die auch für die chinesische Wirtschaft eine Schlüsselfunktion übernehmen könnten. In diesen Bereichen sucht die VR China nun verstärkt den Austausch mit der internationalen Staatengemeinschaft.

Seit den 1990er Jahren hat die VR China hierzu ein Netzwerk strategischer Partnerschaften aufgebaut. Die chinesische Definition der strategischen Partnerschaft umfasst die Aspekte der Gleichberechtigung, des gemeinsamen Nutzens, der Re-

ziprozität und des wechselseitigen Respekts. Die Beziehungen zwischen der VR China und ihrem jeweiligen Kooperationspartner sind damit symmetrisch angelegt. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VR China oder Kritik an den Strukturen des chinesischen Systems werden als Verstoß gegen das Grundprinzip der strategischen Partnerschaft gewertet. Die einzelnen bilateralen Kooperationsstrukturen, welche die VR China mit anderen Staaten unterhält, sind jedoch nicht als untereinander gleichwertig konzipiert. Vielmehr wird eine Rangordnung festgelegt. Wurde den Beziehungen zwischen der VR China und den USA oberste Priorität zugesprochen, galten die Kontakte mit den europäischen Staaten lange Zeit als Beziehungen zwischen „entfernten Nachbarn“ (Yahuda 1994) beziehungsweise als „sekundäre“ (Kapur 1990), den chinesisch-amerikanischen Beziehungen in der Bedeutung nachgestellte Interaktionsstrukturen. Die Veröffentlichung des ersten chinesischen Strategiepapiers zu den Beziehungen der VR China mit der Europäischen Union (2003) schien eine Aufwertung der chinesisch-europäischen Strukturen einzuleiten. In diesem Strategiepaper – es handelt sich um das erste Dokument in der Geschichte der VR China, das die Beziehungen Chinas zu einem seiner strategischen Kooperationspartner fixiert – wird aber auch signalisiert, dass es nur zu einer Intensivierung der chinesisch-europäischen Beziehungen, somit auch der bilateralen Strukturen mit einzelnen europäischen Staaten, kommen könne, wenn die chinesischen Anliegen und Interessen respektiert würden (Weigelin-Schwiedrzik und Noesselt 2006).

Allerdings sind die – den chinesisch-deutschen Beziehungen überlagerten – chinesisch-europäischen Beziehungen aus Sicht der VR China immer noch durch Asymmetrien geprägt, die dem Prinzip der Gleichberechtigung und des wechselseitigen Nutzens zuwiderlaufen. Es handelt sich um das europäische Waffenembargo, die ausstehende Anerkennung der VR China als Marktwirtschaft und nicht zuletzt das Ein-China-Prinzip, das aus chinesischer Sicht immer wieder verletzt oder zumindest infrage gestellt wird. Im Jahr 2005 hatte es Verhandlungen gegeben, die aus chinesischer Sicht auf eine baldige Behebung der festgestellten Asymmetrien hindeuteten. Die chinesischen Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht. Rückblickend suchten chinesische Analysten nach Gründen, welche die harte Haltung der EU in der Fra-

ge des Waffenembargos motiviert haben könnten. Als Hauptfaktor wurde der Lobbyismus pro-taiwanesischer EU-Politiker identifiziert, welche auf die Implikationen eines Endes des Waffenembargos für die Sicherheit Taiwans verwiesen (Noeselt 2008).

Darüber hinaus hatte in einigen EU-Staaten ein Regierungswechsel stattgefunden, der dazu führte, dass Staaten wie Frankreich und Deutschland, welche zuvor ihre Unterstützung für die chinesischen Anliegen formuliert hatten, sich neu, und zwar stärker transatlantisch positionierten. Außerdem hatte die Frage der Menschenrechte im Zuge der EU-Erweiterung neues Gewicht erhalten. Der Empfang des Dalai Lamas in Deutschland und Frankreich verschärfte die Situation zusätzlich. Die VR China setzte daraufhin die bilateralen Treffen aus und drohte mit Handelssanktionen.

Während es seitdem auf den chinesisch-europäischen Gipfeltreffen zu keinem grundlegenden Verhandlungsfortschritt gekommen ist, haben sich doch die Beziehungen zwischen der VR China und den einzelnen europäischen Staaten inzwischen wieder weitgehend normalisiert. Mit ausgewählten Staaten wie Deutschland sollen die Strukturen zu umfassenden strategischen Partnerschaften erweitert werden. Hintergrund dieses Vorstoßes sind nicht ausschließlich indigene Faktoren. Der Ausbruch der globalen Finanzkrise hat ein strategisches Zeitfenster geöffnet, innerhalb dessen sich einzelne Akteure oder auch bilaterale Kooperationsstrukturen auf der Matrix der internationalen Machtverteilungen neu positionieren könnten.

Partnerschaft auf Augenhöhe?

Im Juni 2011 fanden die ersten bilateralen Regierungskonsultationen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China in Berlin statt. Insgesamt wurden 22 Abkommen, darunter allein 14 in den Bereichen Wirtschaft und Handel, in Höhe von insgesamt umgerechnet 10,6 Mrd. EUR geschlossen. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass das gemeinsame Handelsvolumen bis zum Jahr 2015 auf 200 Mrd. EUR ausgebaut werden soll.

Von großer symbolischer Bedeutung sind die bilateral zwischen deutschen und chinesischen Ministerien geschlossenen Kooperationsverträge. Durch diese wird die strategische Partnerschaft um politische Ebenen erweitert und ein „neues Kapi-

tel“ der Kooperationsbeziehungen aufgeschlagen. Vergleichbare Strukturen hatte die Bundesrepublik Deutschland bislang nur mit wenigen Staaten (Indien, Israel, Italien, Polen, Russland und Spanien) aufgebaut. Die Einrichtung offizieller Regierungskonsultationen impliziert, dass die Kooperation für die beiden teilnehmenden Staaten, in diesem Fall Deutschland und China, von zentraler und strategischer Bedeutung ist.

Im Vorfeld dieser ersten Konsultationen kündigte die deutsche Seite an, im Rahmen der Gespräche Kritik hinsichtlich der Fragen der Menschenrechte und des Rechtsstaates in der VR China durchaus aufnehmen und diese nicht ökonomischen Interessen opfern zu wollen.¹ Die chinesische Seite wiederum veröffentlichte eine detaillierte Bilanz der strategischen Partnerschaft, die in 19 Kapiteln die Erfolge und Entwicklungsoptionen der Kooperation in ausgewählten Bereichen und Sektoren aufzeigte (Generalkonsulat der Volksrepublik China in Frankfurt am Main 2011). Das erste Kapitel des chinesischen Papiers thematisiert direkt die politische Dimension der bilateralen Beziehungen und fixiert Erwartungen gegenüber dem deutschen Partner – Einhaltung des Ein-China-Prinzips, Gleichberechtigung, wechselseitiger Respekt, Reziprozität und gemeinsamer Nutzen. Hierauf folgen Kapitel zu Kooperation und Austausch zwischen den Gesetzgebungsorganen und Parteien, in den Bereichen Justiz sowie Militär und Sicherheit. Erst das fünfte Kapitel widmet sich den Wirtschaftsstrukturen. Die Symbolik dieses auf den Botschaftsseiten der VR China veröffentlichten Dokuments ist eindeutig: Die Institutionalisierung der Regierungskonsultationen soll die bislang primär auf Wirtschaft und Handel basierenden Interaktionsstrukturen zu einer umfassenden „Partnerschaft auf Augenhöhe“ aufwerten.

Wen Jiabaos Rede auf dem sechsten deutsch-chinesischen Wirtschafts- und Technologieforum (28. Juni 2011) verdeutlicht darüber hinaus die Beweggründe der chinesischen Seite, eine Intensivierung der Beziehungen zu Deutschland anzustreben. Der Zusammenschluss der bis vor zwei Jahren weltweit führenden Exportnation Deutschland und dem jetzigen Exportweltmeister China

¹ Kurz vor den ersten gemeinsamen Regierungskonsultationen waren der chinesische Regimekritiker Hu Jia und der chinesische Künstler Ai Weiwei aus der Haft entlassen worden. Die Bundesregierung begrüßte diese Entwicklung, mahnte jedoch faire und transparente Gerichtsverfahren an.

zielt demnach auf die Formierung einer neuen Wirtschaftsachse ab. Diese könnte, so sich Interessenskonflikte vermeiden lassen, die Neuordnung der Weltwirtschaft in den kommenden Jahren maßgeblich mitbestimmen. Zugleich aber kommt der Kooperation der beiden Wirtschaftszentren eine Brückenfunktion zwischen Europa und Asien zu, denn es handelt sich in beiden Fällen um Staaten, denen in der jeweiligen Region eine (potenzielle) Führungsrolle zugeschrieben wird. So unterstrich Wen Jiabao, dass Deutschland nach chinesischer Einschätzung der einflussreichste Staat in Europa sei. Hieraus folgt, dass auch die zukünftige Entwicklung der chinesisch-europäischen Beziehungen in erster Linie von der Positionierung Deutschlands abhängt (*Xinhua* 2011).

Die chinesisch-europäische Partnerschaft wird – im Unterschied zu den chinesisch-amerikanischen Beziehungen – als frei von grundlegenden und historisch bedingten Konflikten eingestuft. Damit wäre der Weg frei für einen Ausbau der Kooperation in globalen Fragen (Klimawandel, transnationaler Terrorismus, Epidemien). Auch hinsichtlich der globalen Ordnungsvorstellungen überwiegen die Gemeinsamkeiten. Die seit den 1990er Jahren vorgebrachte chinesische Vision der zukünftigen Weltordnung – basierend auf Multipolarität, wirtschaftlicher Globalisierung, kultureller Diversität – sei, so Wen, mit den europäischen Vorstellungen kompatibel. Wen Jiabao schloss seine Rede allerdings mit dem Verweis, dass historische und kulturelle Unterschiede zwischen den Systemen grundsätzlich fortbestünden. Weitere Divergenzen finden sich hinsichtlich des Entwicklungsniveaus der beiden Systeme und ihrer Gesellschaftsstrukturen. Diese Systemunterschiede sollen durch die Partnerschaftsbeziehungen nicht aufgehoben werden. Die Akzeptanz der Divergenzen und der wechselseitige Respekt werden vielmehr von der chinesischen Seite zur Grundvoraussetzung der bilateralen Interaktionen erhoben.

Wen Jiabaos „Europareise“ (24.-28. Juni 2011) sah Verhandlungen mit zentralen Mitgliedsstaaten, jedoch keine Konsultationen mit der Europäischen Union vor. Dies ist gewissermaßen die Konsequenz, welche die chinesische Seite aus dem Scheitern ihrer Verhandlungen mit der EU in den Jahren 2005/2006 gezogen hat. Da die EU in Fragen der Außenpolitik weiterhin nicht mit einer Stimme spricht, ist es für die chinesische Seite strategisch sinnvoller, die als Hauptakteure iden-

tifizierten EU-Mitgliedsstaaten für ihre Interessen zu gewinnen.

Revival des Intergouvernementalismus?

In den Augen der VR China hat die EU gegenwärtig als supranationaler Akteur an Bedeutung eingebüßt. Mögliche Gründe hierfür sind die stockende Ratifizierung des EU-Reformvertrages, das Fehlen einer gemeinsamen und von allen Mitgliedern akzeptierten EU-Außenstrategie ebenso wie die partielle Destabilisierung einzelner EU-Staaten durch die Finanzkrise. Wenn die EU aber gegenwärtig nicht als integrierter Akteur wahrgenommen wird, ergibt sich für die VR China hieraus die strategische Notwendigkeit, primär die Beziehungen zu den großen und einflussreichen Staaten der EU ausbauen zu müssen, um den Lauf der Dinge den chinesischen Interessen gemäß beeinflussen zu können.

Letzten Endes hat die chinesische Seite jedoch kein Interesse an einer Desintegration der EU. Bereits in den 1970er Jahren hatte die VR China das Ideal einer multipolaren Weltordnung entworfen, das die Europäische Gemeinschaft als einen Pol, das heißt als eines von mehreren Machtzentren der zukünftigen Weltordnung vorsah. In dieser frühen Phase waren die europäischen Staaten in vielen Bereichen eher intergouvernemental miteinander verbunden, die Integration auf supranationaler Ebene erlitt wiederholt Rückschläge. Die zentrale Rolle, die in chinesischen Studien Europa beziehungsweise der Europäischen Gemeinschaft zugewiesen wurde, entsprach nicht der politischen Realität, weshalb Yahuda damals formulierte, dass die Chinesen „europäischer als die Europäer“ seien (Yahuda 1994: 269).

In den 2010er Jahren ist der Integrationsprozess der EU weit vorangeschritten. Im chinesischen Multipolaritätsdenken spielt Europa/die EU weiterhin eine zentrale Rolle. Doch findet nun verstärkt ein Abgleich zwischen den chinesischen Visionen der internationalen Politik und den realen Möglichkeiten statt. Dies ist nicht zuletzt eine Reaktion auf die Ergebnisse chinesischer Studien, die sich rückblickend mit der Frage beschäftigten hatten, weshalb es im Zeitraum der Jahre 2003 bis 2007 nicht gelungen sei, die EU zur Umsetzung der chinesischen Anliegen zu bewegen. Eine Antwort der chinesischen EU-Forscher lautet, dass die Orientierungen der einzelnen EU-Staaten

falsch eingeschätzt worden seien und sich die VR China somit falsch positioniert habe. Die VR China zog sichtbare Konsequenzen und begann, die intergouvernementalen Strukturen der EU stärker zu berücksichtigen (den Einfluss wechselseitiger Perzeption in den chinesisch-europäischen Beziehungen untersucht der Sammelband von Shambaugh, Sandschneider und Zhou 2007).

Wen Jiabaos Europabesuch im Juni 2011 symbolisiert somit keinen Kurswechsel in der chinesischen Europastrategie, sondern knüpft an die seit Ausbruch der Finanzkrise unternommenen bilateralen Verhandlungen und Gespräche an. Im Jahr 2009 hatte der chinesische „trip of confidence“ (27. Januar bis 2. Februar 2009) Wen Jiabao nicht nur zum Davos-Forum in die Schweiz und zur EU-Kommission in Brüssel, sondern auch nach Spanien, Deutschland und Großbritannien geführt. Mit neuem Selbstbewusstsein trat die VR China damals als stabilisierender Akteur der globalen Wirtschafts- und Finanzstrukturen auf, indem sie ihre angehäuften Devisenreserven einsetzte, um den krisengeschüttelten Staaten zinsgünstige Kredite zu gewähren und in europäische Unternehmen zu investieren. Immer wieder wurde seitens der chinesischen Vertreter betont, dass die VR China in den Euro vertraue und die europäischen Staaten unterstützen werde. Im Rahmen eines Staatsbesuchs Wen Jiabaos in Spanien richtete die VR China in einem ersten Schritt einen Hilfsfonds für Spanien in Höhe von 3,6 Mrd. EUR ein. Weitere Kredite und Investitionspakete folgten im Januar 2011 (4.-11. Januar 2011), als der chinesische Vize-Premier Li Keqiang Spanien, Deutschland und Großbritannien bereiste.

Die chinesische Europapolitik hat einen zweifachen Wandel durchlaufen. Zum einen hat sich der Hauptaktionsraum von der supranationalen zurück auf die Ebene der Mitgliedsstaaten verlagert. Zum anderen ist mit den Investitionsabkommen ein neues strategisches Instrument der chinesischen Außenpolitik eingeführt worden. Der chinesische Soft-Power-Ansatz als ideelles Instrument der Außenbeziehungen der VR China wird um ein materielles Anreizsystem erweitert. Während das chinesische Entwicklungsmodell und die mit der VR China verbundenen Wertmuster mit den Normen der westlichen Staatengemeinschaft weiterhin nur schwer zu vereinbaren sind, bietet das Instrument der Investitionen einen Weg, die chinesische Soft-Power-Diplomatie auf den europäischen Raum auszuweiten. Die China-

Threat-Theory soll durch die neue „Charm Offensive“ (Kurlantzick 2007) Chinas in Europa entkräftet werden.

Die wechselseitigen Interdependenzen haben sich im Bereich der Investitionen auch durch die Krisenintervention der VR China nicht grundlegend verschoben. Der außenpolitische Aktionismus der VR China stellt lediglich das Bild Chinas als passiver Beobachter der Weltpolitik infrage, den die internationale Staatengemeinschaft nach ihrem Muster zu transformieren dachte. Doch dieses Bild gehört genaugenommen schon seit geraumer Zeit der von Edelrost überzogenen Vergangenheit an.

Globale Dimension

Zwei Zukunftsszenarien hatten die Analyse der chinesischen Politik in den letzten Jahren dominiert, die durch die Finanzkrise erst einmal entkräftet worden sind. Das erste Modell ging davon aus, dass ein System, das sich ausschließlich auf eine effizienzbasierte Legitimierung stützt, spätestens durch eine Stagnation des Wirtschaftswachstums zum Zusammenbruch verurteilt sei (Pei 2002). Das zweite Szenario hingegen prognostizierte den Aufstieg Chinas zur Weltmacht und ging davon aus, dass ein Wettstreit um die globale Hegemonie zwischen der VR China und den USA unvermeidbar sei (Bernstein und Munro 1997). Dass es Faktoren wie die Finanzkrise geben könnte, die den Aufstieg und Fall von Staaten einleiten könnten, ohne dass dies durch militärischen Expansionismus oder offensive Konfrontationen angestoßen würde, war in diesen Szenarien nicht vorgesehen.

Der bloße Besitz von Devisenreserven allein sagt jedoch noch nichts über die Positionierungsoptionen eines Akteurs im internationalen Geschehen aus. Erst in Zeiten, da diese Reserven gezielt eingesetzt werden können, setzt eine Verschiebung der globalen Machtrelationen ein. Schätzungen zufolge hält die VR China Reserven in Höhe von ca. drei Mrd. USD. Indem sie diese einsetzt, um die krisengebeutelten Staaten in Europa durch zinsgünstige Kredite und Direktinvestitionen zu stützen, kann sie sich als systemstabilisierender, verlässlicher Kooperationspartner behaupten und möglicherweise Szenarien eines auf Expansion und Umsturz der internationalen Regelsysteme abzielenden Chinas (wie in der China-

Threat-Theory) entgegenwirken. Damit wäre ein Sicherheitsdilemma zunächst abgewendet, wenn nicht wiederum das Engagement der VR China in Europa neue Befürchtungen schüren würde. Denn durch den Aufkauf maroder Staatsanleihen baut die VR China zugleich ihren wirtschaftsstrategischen Einfluss innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft aus.

Dass die VR China dem eigenen Verständnis nach auf Augenhöhe mit den europäischen Staaten angekommen ist, zeichnet sich bereits seit der Veröffentlichung des chinesischen Positionspapiers zur Reform der UN (2005) ab. Im Schatten der globalen Finanzkrise wurde diese aktive Neupositionierung fortgesetzt. Das chinesische Wirtschafts- und Entwicklungsmodell wurde im Rahmen des Davos-Sommertreffens im Jahr 2008 als erfolgreiches Gegenmodell zum Konzept des Kapitalismus westlicher Prägung vorgestellt (Wen 2008). Die Infragestellung des bestehenden Finanzsystems und der diesem unterliegenden Machtverteilungen fand seinen symbolischen Höhepunkt in dem Konzeptpapier des Leiters der chinesischen Zentralbank, welches die Ablösung des US-Dollars als internationale Leitwährung durch eine supranationale Währungsrechnungseinheit vorsah.

Alle diese Vorstöße haben einen stark symbolischen Charakter. Die VR China trägt ihr neues Selbstbewusstsein zur Schau. Als Ausgleich für ihr Engagement in der Stabilisierung der angeschlagenen Weltwirtschaft fordert sie Mitgestaltungsrechte bei der Konzeption einer globalen Welt nach Ende des Kalten Krieges. Eine Devaluation des US-Dollars wäre nicht im Interesse der VR China, denn diese verfügt über die weltweit größten Dollarreserven. So erklärt sich auch, dass die VR China nicht zuletzt im Interesse privater chinesischer Aktionäre die US-amerikanische Wirtschaft durch den Ankauf von Staatsanleihen und Gewährung von Krediten zu stützen versucht und dadurch bereits zum wichtigsten Gläubiger der USA aufgestiegen ist. In Anbetracht der Schwächung der US-amerikanischen Wirtschaft hat die VR China jedoch auch begonnen, den Euro als alternative Währungsreserve aufzubauen. Mittlerweile ist etwa ein Viertel der chinesischen Devisenreserven auf Euro-Papiere umgeschrieben worden. Die Ausweitung der Finanzkrise auf die europäischen Staaten zwingt die VR China aber wiederum, in ihrem eigenen Interesse auch im europäischen Raum stabilisierend einzugreifen. Hierbei ist auch zu bedenken, dass die

EU noch vor den USA auf Platz 1 in der Hierarchie der chinesischen Handelsbeziehungen steht: Die Ausfuhren der VR China in die europäischen Staaten entsprachen im Jahr 2008 einem Handelswert von 248 Mrd. EUR, der nach den Krisenmonaten auf 282 Mrd. EUR ausgebaut werden konnte. Umgekehrt entsprachen die Einfuhren der VR China aus Europa im Jahr 2008 noch 78 Mrd. EUR, im Jahr 2010 immerhin schon 113 Mrd. EUR (Daten basierend auf Eurostat). Die Wirtschaft der VR China ist somit in hohem Maße vom europäischen Absatzmarkt abhängig. Eine Destabilisierung der Eurozone und des europäischen Marktes würde einen enormen Einbruch der chinesischen Außenhandelsbilanz nach sich ziehen.

Ausblick

Die Etablierung der deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen markiert die Anerkennung der VR China als zentraler Mitspieler der internationalen Politik. Das europäische Chinabild ist ins Wanken geraten. Die Wahrnehmung Chinas als Billigproduktionsstandort und die Einstufung Chinas als Entwicklungs- und Transformationsland sind über Nacht gegen das Bild einer neuen Weltmacht China ausgetauscht worden. Hierbei wird allerdings übersehen, dass sich die VR China als „im Aufstieg befindliches sozialistisches Entwicklungsland“ definiert und somit dem eigenen Verständnis nach eine hybride Akteursidentität aufweist. Wachsende Entwicklungsdichotomien, innergesellschaftliche Spannungen und die Endlichkeit der für den chinesischen Wirtschaftsboom benötigten Ressourcen sind potenziell destabilisierende Faktoren, welche die chinesischen Aufstiegspläne weiterhin gefährden. Das europäische Chinabild muss folglich nicht aufgegeben, sondern um neue Facetten – wie das Bild Chinas als selbstbewusster Akteur der internationalen Politik – erweitert werden, die bei der Ausgestaltung der Chinastrategie entsprechend berücksichtigt werden sollten.

Der Ausbau der Außenkontakte Chinas mit Deutschland verdeutlicht, dass auch in der chinesischen Europastrategie ein Umdenken stattgefunden hat. Die chinesisch-europäischen Beziehungen werden verstärkt zu einem Mehr-Ebenen-Spiel, in welchem die VR China über den strategischen Vorteil verfügt, dass sie sowohl mit den einzelnen Mitgliedsstaaten als auch mit den EU-

Organen in Verhandlungen eintreten kann. Im Umweg über Deutschland hat die VR China Forderungen vorgebracht, die genau genommen an die Gesamtheit aller europäischen Staaten adressiert sind.

Um zu verhindern, dass an die Stelle einer gemeinsamen Chinapolitik der EU ein Gefüge bilateraler Beziehungen zwischen der VR China und ausgewählten EU-Staaten tritt, scheint eine Aktualisierung der gemeinsamen EU-Chinastrategie erforderlich, welche die veränderten weltpolitischen Konstellationen ebenso berücksichtigt wie die neue Selbstverortung der VR China im internationalen Machtgefüge.

Literatur

- Bernstein, Richard und Ross H. Munro (1997), *The Coming Conflict with China*, New York: Alfred A. Knopf.
- Generalkonsulat der Volksrepublik China in Frankfurt am Main (2011), *Erfolge und Perspektiven der chinesisch-deutschen Zusammenarbeit*, 23. Juni, online: <<http://frankfurt.china-consulate.org/det/sbwl/t833227.htm>> (01.07.2011).
- Kapur, Harish (1990), *Distant Neighbours: China and Europe*, London: Pinter.
- Kurlantzick, Joshua (2007), *Charm Offensive: How China's Soft Power is Transforming the World*, New Haven: Yale UP.
- Noesselt, Nele (2008), *Die Beziehungen der EU zu China und Taiwan*, Hamburg: Kovac.
- Pei, Minxin (2002), China's Governance Crisis, in: *Foreign Affairs*, 81, 5, 96-109.
- Shambaugh, David, Eberhard Sandschneider und Hong Zhou (Hrsg.) (2007), *China-Europe Relations: Perceptions, Policies and Prospects*, Abingdon: Routledge.
- Weigelin-Schwiedrzik, Susanne und Nele Noesselt (2006), Striving for Symmetry in Partnership: An Analysis of China-EU Relations Based on the Two Recently Published Policy Papers, in: Susanne Weigelin-Schwiedrzik, Sascha Klotzbücher und Agnes Schick-Chen (Hrsg.), *As China Meets the World*, Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften, 11-34.
- Wen, Jiabao (2008), *Reform and Opening-Up: The Eternal Driving Force of China's Development*, 27. September, online: <http://news.xinhuanet.com/english/2008-09/27/content_10122832> (25.06.2011).
- Xinhua (2011), 温家宝在中德经济技术合作论坛上的演讲 (Rede Wen Jiabaos auf dem Deutsch-Chinesischen Forum für Wirtschafts- und Technologiekooperation), 27. September, online: <http://news.xinhuanet.com/2011-06/28/c_121597360_3.htm> (01.07.2011).
- Yahuda, Michael B. (1994), China and Europe: The Significance of a Secondary Relationship, in: Thomas W. Robinson und David Shambaugh (Hrsg.), *Chinese Foreign Policy*, Oxford: Clarendon Press, 266-282.

■ Die Autorin

Dr. Nele Noesselt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asien-Studien. Sie ist Mitglied im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ und dem GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“.

E-Mail: <noesselt@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.en.giga-hamburg.de/noesselt>>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Der GIGA Forschungsschwerpunkt 4 befasst sich mit der Rolle aufstrebender Staaten wie China, Indien, Brasilien und Südafrika. Das Regional Powers Network (RPN) erforscht den Aufstieg regionaler Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten und befasst sich schwerpunktmäßig mit Interessen, Ressourcen und Strategien von Regionalmächten. Das RPN wurde im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation finanziert (2008-2010). Weitere Informationen unter: <www.giga-hamburg.de/rpn>.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Flemes, Daniel (Hrsg.) (2010), *Regional Leadership in the Global System: Ideas, Interests and Strategies of Regional Powers*, Aldershot: Ashgate Publishing.

Jetschke, Anja und Murray Philomena (2011), Diffusing Regional Integration: The EU and East Asia, in: *West European Politics*, 34 (i.E.).

Kappel, Robert (2010), *Verschiebung der globalen Machtverhältnisse durch den Aufstieg von regionalen Führungsmächten: China, Indien, Brasilien und Südafrika*, GIGA Working Papers, 146, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Nabers, Dirk (2010), Power, Leadership and Hegemony in International Politics: The Case of East Asia, in: *Review of International Studies*, 12, 1, 110-114.

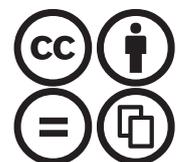
Schucher, Günter (2007), Old Hat, New Rhetoric: The EU's Policy toward Taiwan after the Fifth Enlargement, in: *Issues & Studies*, 43, 3, 1-51.

Schüler-Zhou, Yun, Margot Schüller und Magnus Brod (2010), *Chinas Going Global – Internationale Finanzmarktkrise bietet neue Chancen für chinesische Investoren im Ausland*, GIGA Focus Asien, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Unrast, Christoph (2010), *USA-China: Vorzeitiges Ende des Tauwetters*, GIGA Focus Global, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes
Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM